

1. Änderung Bebauungsplan "Gartenstraße"

Gemeinde Saarwellingen / Ortsteil Reisbach



Teil A: Planzeichnung



- 6. Flächen für den Verkehr**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- siehe Plan
- Die Verkehrsflächen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans werden als öffentliche Straßenverkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt.
- 7. Versorgungsflächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Abs. 6 BauGB)
- siehe Plan
- Hier: Elektrizität / Transformatorstation
- 8. Führung von ober- und unterirdischen Versorgungsanlagen und Leitungen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)
- siehe Plan
- Das anfallende Schmutzwasser aus den Haushalten wird über die bestehende Kanalisation in der Gartenstraße abgeleitet. Die unbelasteten Dach- und Terrassenabflüsse werden getrennt hiervon erfasst und über einen Kanal die Straße querend in das bestehende offene Grabensystem nordöstlich des Plangebietes abgeleitet.
- 9. Private Grünfläche**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- siehe Plan
- Zweckbestimmung: Garten
- 10. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- Alle Stellplätze auf den privaten Grundstücken und deren Zufahrten sowie sonstige Wege und Zugänge auf den Grundstücken sind aus Gründen der Grundwassererneuerung wasserdurchlässig zu befestigen.
- Aus den gleichen Gründen ist die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, hier Wirtschaftsweg, wasserdurchlässig zu befestigen.
- 11. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Hier: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der Technischen Werke der Gemeinde Saarwellingen GmbH als Leitungsträger
- 12. Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen zur Bepflanzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB)
- P1 Laubbaumhochstämme auf den Privatgrundstücken:**
- Auf den privaten Grundstücken ist pro Grundstück ein heimischer, standortgerechter Laubbaumhochstamm gemäß Pflanzliste zu pflanzen. Bei Abgang der Gehölze ist gleichwertiger Ersatz zu schaffen. Alle nicht überbauten Grundstücksflächen, die nicht für Zufahrten, Umfahrten, Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und intensiv zu begrünen.
- Pflanzliste Laubbaumhochstämme (Beispiele)**
- | | |
|--------------|---------------|
| Berg-Ahorn | Spitz-Ahorn |
| Roskastanie | Walnuss |
| Rot-Buche | Gemeine Esche |
| Ess-Kastanie | Stiel-Eiche |
| Winter-Linde | Sommer-Linde |
| Feld-Ulme | Eberesche |
- Einheimische Obstbaumsorten
- Pflanzqualität**
- Hochstämme: (2xv., StU 8-10 cm)
- Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.
- 13. Geltungsbereich**
(§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.
- 14. Zuordnung von Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich**
(§ 9 Abs. 1a BauGB i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB in Anwendung der §§ 14FF BNatSchG)
- Sämtliche im Plangebiet getroffenen gründerrechtlichen Festsetzungen gelten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und werden den Eingriffsflächen im Plangebiet zugeordnet. Der zusätzlich erforderliche Ausgleich, insbesondere auch der Weltausgleich, wird in der Gemarkung 609, Flurstücke 69 und 70/1 in der Gemeinde Saarwellingen erbracht. Auf der insgesamt 3695 m² Fläche soll entlang des bestehenden Waldes ein naturnaher, artenreicher Waldmantel entwickelt werden. Hierfür ist die vorhandene Ackernutzung aufzugeben und eine Bepflanzung mit standortgerechten Gehölzen in einem Raster von 1,50 x 1,50 m vorzunehmen. Um einen strukturellen Aufbau sowie ausgeglichene Konkurrenzverhältnisse zu gewährleisten, ist ein stufenförmiger Aufbau der Pflanzungen anzustreben. Hierzu sind unmittelbar am Waldrand Bäume 2. Ordnung zu pflanzen, in etwas weiterer Entfernung größere (Hühner-) Gehölze und schließlich kleinere (begleitende) Gehölze (vgl. Pflanzliste).
- Pflanzliste "Waldmantel" (Beispiele)**
- | | |
|------------------------|-------------------------|
| Bäume 2. Ordnung: | Feld-Ahorn |
| | Hainbuche |
| | Kiefern |
| Führende Sträucher: | Schlehe |
| | Eingrifflicher Weißdorn |
| | Blutdorn |
| | Hartweige |
| Begleitende Sträucher: | Schwarzer Holunder |
| | Hunds-Rose |

Teil B: Textteil

Festsetzungen

gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- 1. Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO)
- 1.1 Allgemeines Wohngebiet**
(§ 4 BauNVO)
- 1.1.1 Allgemein zulässige Arten von Nutzungen**
(§ 4 Abs. 2 BauNVO)
- Wohngebäude
 - die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
 - Anlagen für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
- 1.1.2 Ausnahmeweise zulässige Nutzungen**
(§ 4 Abs. 3 BauNVO)
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
 - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- 1.1.3 Nicht zulässige Nutzungen**
(§ 1 Abs. 5 BauNVO)
- Anlagen für sportliche Zwecke
- 1.1.4 Nicht zulässige Nutzungen**
(§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO)
- Anlagen für Verwaltungen
 - Gartenbaubetriebe
 - Tankstellen
- 2. Maß der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 16-21 BauNVO)
- 2.1 Grundflächenzahl**
(§§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO)
- siehe Plan
- Die Grundflächenzahl innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes wird auf 0,4 festgesetzt. Gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgelegten Grundflächenzahl durch die Grundflächen von
- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
- Bauliche Anlagen unterhalb der Geländebefläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird zulässig.
- 2.2 Zahl der Vollgeschosse**
- siehe Plan
- Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal 2 Vollgeschosse beschränkt.
- 3. Bauweise**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)
- siehe Plan.
- Im gesamten Plangebiet wird eine offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.
- 4. Überbaubare Grundstücksfläche**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)
- siehe Plan
- Gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO werden die überbaubaren Grundstücksflächen im Plangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis maximal 0,5 m) kann gestattet werden.
- 5. Flächen für Stellplätze und Garagen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauGB)
- siehe Plan
- Gemäß § 12 Abs. 6 BauNVO wird bezüglich der Stellplätze und Garagen folgende Festsetzung getroffen:
- Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind ausschließlich innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Kennzeichnung

Alltastenverdachtsfläche

Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 BauGB

Die Kennziffer der Altanlage lautet SWN_2468

Hinweise

- Baumpflanzungen**
- Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Vor- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten. Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 19920 „Schutz von Bäumen, Pflanzabständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ beachtet werden.
- Das DVGW-Regelwerk GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen“ ist bei der Planung zu beachten.
- Einhaltung der Grenzabstände**
- Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.
- Umweltfreundliche Energieträger**
- Zum weiteren Ausbau der Solarenergienutzung wird die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung empfohlen. Die Errichtung dieser Anlagen auf den Dächern ist zulässig.
- Regenwassernutzung**
- Zur Entlastung des Entwässerungssystems wird die Anlage dezentraler Kleinspeicher (z.B. Zisternen) zur Nutzung von Brauchwasser empfohlen. Hierbei sind die Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu beachten.
- Dachbegrünungen**
- Die Dachbegrünung von Flachdächern (Garagen) und gering geneigten Dächern wird aus ökologischen und gestalterischen Gründen empfohlen. Dabei ist eine extensive Begrünung einer intensiven vorzuziehen.
- Alltastengefährdungsabschätzung**
- Der Kern und der überwiegende Anteil der Altanlage wird von unkritischen Erdschubmassen der ehemaligen Grube Labach gebildet. Es handelt sich dabei um standortgleiche karbonische Felsmassen, von denen keine Umweltgefährdung ausgeht. Zumindest bereichsweise werden die sehr alten Bergerschüttungen von jüngeren Ablagerungen überschüttet, die neuen Erdschubmassen auch stark variierende Anteile an Bauschutt, Schlacken, Aschen und deutlich untergeordnet Sperrmüll enthalten. In den untersuchten Stichproben weisen allerdings auch diese Altanlagebereiche keine umweltgefährdenden Schadstoffe auf. Im Rahmen der Alltastengefährdungsabschätzung im November 2009 wurden erhöhte Schadstoffgehalte an Blei und Zink vorgefunden, die die Prüfwerte für Wohnnutzung überschreiten. Bei Umsetzung einer Wohnnutzung ist daher das Aufräumen einer unbelasteten Bodenschicht von 35 cm Mächtigkeit erforderlich. Die vorgenommene Alltastengefährdungsabschätzung bezieht sich ausschließlich auf den momentanen Status der Altanlage. Für den Fall einer Neuplanung für die betroffenen Grundstücke ergeben sich jedoch einige zu beachtende Konsequenzen: Ausbauseitigung: Je nach Zusammensetzung des Aushubs muss eine ordnungsgemäße Entsorgung erfolgen. Reine „Bergematerialien“ können auch bei anderen Baumaßnahmen wiederverwendet werden. Bauschutt: Aus den Bodenerkundungen lässt sich ableiten, dass die ca. 4,5 m starken Auffüllungen ungetrennt eingebracht worden sind. Sie sind somit vorerst als nicht tragfähige Böden zu kennzeichnen. Für Baumaßnahmen werden daher in jedem Fall ergänzende Baugrunduntersuchungen und auf die jeweiligen Bauobjekte abgestimmte Gründungsberatungen notwendig.
- Kampfmittel**
- Nach Auswertung der uns vorliegenden Unterlagen ist im oberen genannten Planungsbereich nicht mit Fundamenten zu rechnen. Das Vorhandensein von Kampfmitteln kann allerdings nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da nicht alle Kampfhandlungen in Form von Luftbildern über den gesamten Zeitraum des II. Weltkrieges dokumentiert sind. Hierzu zählen z.B. auch vergrabene Kampfmittel.
- Bodenfunde**
- Es wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verordnungsverbot bei Bodenfunden gem. § 12 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts, Artikel 1 Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) vom 19. Mai 2004 hingewiesen.
- Alter Bergbau**
- Es ist bei den Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und ggf. der RAG Deutsche Steinkohle AG mitzuteilen.
- Tektonik**
- Die RAG Deutsche Kohle AG teilt mit, dass das Plangebiet im Einwirkungsbereich des bis Ende 2009 geführten Kohlebaus des Bergwerks Saarg. Des Weiteren wird auf Tektonik im Plangebiet hingewiesen, die von Tektonik beruhen. Diese sind von einer Bebauung auszunehmen.

Gesetzliche Grundlagen

- Bund:**
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.7.2011 (BGBl. I S. 1529)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 sowie Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 sowie Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Juli 2013 (BGBl. I S. 1943)
- Land:**
- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599)
- Kommunalselbstverwaltungs-gesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 62), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 1673 zur Einführung der elektronischen Form für das Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215)
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Art. 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1468), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1681 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3)
- Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1984), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Bereinigung des Landeswasserrechts vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2588)
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1468), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)

- Bund:**
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
- Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
- Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Vor- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten. Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 19920 „Schutz von Bäumen, Pflanzabständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ beachtet werden.
- Das DVGW-Regelwerk GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen“ ist bei der Planung zu beachten.
- Land:**
- Landesbaurechtsordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des saarländischen Baurechts- und Baubauverfahrens vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2012 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1554)
- Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 90), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbBodSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 90), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
- Saarländisches Gesetz zur Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbBodSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 90), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
- Saarländisches Gesetz zur Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbBodSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 90), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
- Saarländisches Gesetz zur Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbBodSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 90), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)

Verfahrensvermerke

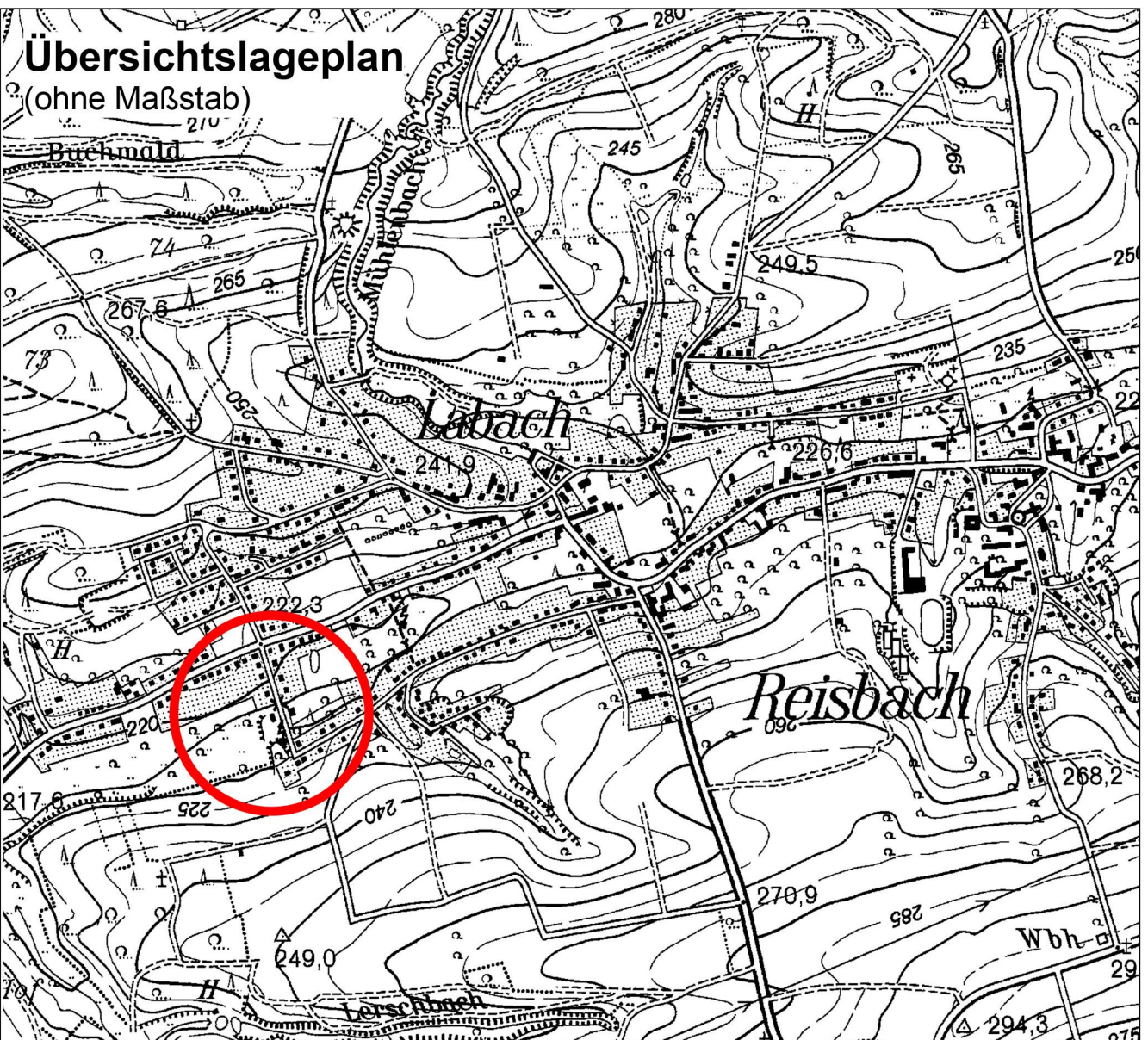
- Aufstellungsbeschluss**
- Der Gemeinderat der Gemeinde Saarwellingen hat in seiner Sitzung am 18.10.2012 die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstraße“ im Ortsteil Reisbach (§ 2 Abs. 1 BauGB) beschlossen. Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt.
- Der Beschluss sowie der Umstand, dass die Bebauungsplanänderung im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll und wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann, wurde am 28.11.2013 im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Saarwellingen ortsüblich bekannt gemacht.
- Satzungsbeschluss**
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 27.11.2013 an, an der Änderung des Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.
- Satzungsbeschluss**
- Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13.03.2014 die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstraße“ als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

- Ausfertigung**
- Die 1. Änderung des Bebauungsplans wird hiermit als Satzung aufgestellt.
- Saarwellingen, den 20.03.2014
- Der Bürgermeister

- Beteiligungsverfahren**
- Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14.11.2013 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstraße“ gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können und ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die von Antragsteller nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können am 28.11.2013 durch die Veröffentlichung im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Saarwellingen ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

- Bekanntmachung**
- Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden gem. § 10 BauGB am 27.03.2014 im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Saarwellingen ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.
- Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstraße“ in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).
- Saarwellingen, den 28.03.2014
- Der Bürgermeister

- Bekanntmachung**
- Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstraße“ in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).
- Saarwellingen, den 28.03.2014
- Der Bürgermeister



Maßstab 1 : 500	Projektbezeichnung SAW-ÄND-GART -13-055	Planformat 1000 x 870 mm
Verfahrensstand Satzung	Datum 13.03.2014	Bearbeitung Dipl. Ing. C. Märker

Gemeinde Saarwellingen / Ortsteil Reisbach

1. Änderung Bebauungsplan "Gartenstraße"